**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/10885**

29. 05. 98

# Beschlußempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. R. Werner Schuster, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**– Drucksache 13/9603 –**

## Förderung der Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit

### A. Problem

Der Antrag betont die gestiegene Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen (NRO) für die Entwicklungszusammenarbeit. Neben konkreten Hilfsmaßnahmen zur Förderung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern leisteten NRO im eigenen Land wichtige entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit und förderten die Interessen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Förderung der NRO als strategisches Element der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu begreifen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Gefordert werden eine kooperative, unbürokratische und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und NRO, die Mitfinanzierung von Trägerstrukturen deutscher NRO und die Förderung von NRO-Projektarbeit.

### B. Lösung

Ablehnung des Antrags, weil einige seiner Feststellungen nicht zuträfen und die Forderungen z. T. unpräzise seien oder den NRO gleichsam den Rang staatlicher Durchführungsorganisationen verschafften.

**Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**

### C. Alternative

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/9603 – abzulehnen.

Bonn, den 28. April 1998

**Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Manfred Lischewski**
Vorsitzender

**Dr. Winfried Pinger**
Berichterstatter

**Dr. R. Werner Schuster**
Berichterstatter

**Wolfgang Schmitt (Langenfeld)**
Berichterstatter

**Dr. Irmgard Schwaetzer**
Berichterstatterin

# Bericht der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Dr. R. Werner Schuster, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Dr. Irmgard Schwaetzer

## I.

Der Antrag auf Drucksache 13/9603 ist in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 1998 dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur alleinigen Beratung überwiesen worden.

## II.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 4. März 1998 beraten.

Von seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde vorgetragen, der Antrag enthalte eine Fülle von wichtigen Feststellungen, denen die Fraktion der CDU/CSU durchaus zustimmen könne. In dem Antrag würden viele Forderungen aufgegriffen, über die man lange Zeit diskutiert habe. Er enthalte aber auch Feststellungen, die so nicht stehenbleiben könnten, sowie Forderungen, die zumindest der Präzision bedürften.

Auf Seite 2 des Antrags seien die deutschen NRO in sieben Gruppen unterteilt worden. Dies sei verdienstvoll. Wenn aber auf Seite 2, letzter Absatz, ausgeführt werde, so unterschiedlich die Erscheinungsformen der NRO seien, so unterschiedlich sei auch deren staatliche Förderung, oder festzustellen sei, daß die staatliche Förderung der Bedeutung der NRO-Arbeit nur in Ansätzen gerecht werde, so sei dies nicht zutreffend. Nehme man Kirchen, Stiftungen u. a. zusammen, so sei der Gesamtbetrag beachtlich. Man komme geschätzt auf 800 bis 900 Mio. DM. Zudem habe der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weitere Zusagen gemacht.

Was den Vorschlag nach Aufnahme von permanenten institutionalisierten Gesprächskontakten zwischen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und NRO angehe, so sei er zwar im Prinzip richtig. Da es aber solche institutionalisierten Kontakte schon gebe, wäre eine Präzisierung dessen, was gewünscht werde, erforderlich. Eine weitere Förderung betreffe die Erhöhung der Transparenz staatlicher entwicklungspolitischer Entscheidungen durch die verbesserte Information über Planungen. Hier habe man bereits die Rahmenplanung. Aus diesem Grunde wäre zu präzisieren, was im einzelnen verbessert werden sollte.

Auf Seite 3, Nummer I.6 sei von unbürokratischer Kooperation und Koordinierung entwicklungspolitischer Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zwischen BMZ, staatlich finanzierter Durchführungsorganisationen und NRO die Rede. Da stelle sich die Frage, was hier Kooperation und Koordinierung heiße. Gerade wenn es um die Öffentlichkeitsarbeit gehe, so würden sich die NRO nicht so ohne weiteres koordinieren lassen.

Unter Nummer II.1 gehe es um die Umsetzung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen, welche es allen NRO ermögliche, einen bestimmten Prozentsatz der bewilligten Zuschüsse zur Abgeltung von in Zusammenhang mit der Projektarbeit stehendem Verwaltungsaufwand zu verwenden. Die privaten Träger bekämen normalerweise 3%, nicht so die Kirchen, die den Verwaltungsaufwand selbst tragen wollten. Die Stoßrichtung von 3% zu mehr könne man von seiten der Fraktion der CDU/CSU durchaus unterstützen.

Unter Nummer III.1 sei eine jährliche kontinuierliche Aufstockung des Titels 686 06 (Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger in Entwicklungsländern) mittels Umschichtungen gewünscht. Die Aufstockung sei im Ausschuß ein gemeinsames Anliegen. Im Sinne der Äußerungen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung würde es die Fraktion der CDU/CSU gutheißen, wenn pro Jahr eine Aufstockung um 10% erfolgen würde. Auch hier müsse aber noch konkret gesagt werden, was gewünscht sei.

Unter Nummer III.4 sei von Bereitstellung finanzieller und logistischer Unterstützung zur Professionalisierung und Evaluierung der NRO-Arbeit die Rede. Auch dazu müßte noch eine Präzisierung vorgenommen werden. Dies gelte auch für Nummer III.10, wo eine Verbesserung des Zugangs deutscher NRO zu Mitteln der EU angesprochen sei.

Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag wegen des an verschiedenen Stellen vorhandenen Mangels an Präzision ab, weil sie keine Mißverständnisse entstehen lassen wolle.

Die **Fraktion der SPD** brachte zum Ausdruck, der Antrag sei das Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion mit den NRO. Man könne gegenüber den NRO nicht Anliegen geltend machen, ohne ihnen auf der anderen Seite die benötigten Umsetzungsinstrumente zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion der SPD wünsche, daß sich hier etwas bewege. Es gehe ihr nicht um eine Bevorzugung der NRO, sondern nur um eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen diesen und dem BMZ bzw. den staatlichen Durchführungsorganisationen. Ein Schwerpunkt der Arbeit der NRO sei die Lobbyfunktion. Diese Arbeit werde in Deutschland unterbewertet.

Der Antrag beinhalte drei Hauptpunkte, nämlich die unbürokratische Zusammenarbeit, die Förderung der Trägerstruktur und ein entsprechendes Finanzvolumen. Da alles zusammenpasse, sehe man den Antrag durchaus als präzise an. Die Fraktion der SPD beantrage Zustimmung zu dem Antrag.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstützte den vorliegenden Antrag. Sie strebe seit langem – so führte sie aus – die Stärkung der NRO im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit an. Im Detail sei an der einen oder anderen Stelle gegenüber dem Antrag auch Kritik geltend zu machen. So sei man nicht der Meinung, daß es ausschließlich im Verantwortungsbereich der staatlichen Ebene liegen solle, für ausreichende Infrastruktur zu sorgen. In einigen Entwicklungsländern seien beachtliche Erfolge dadurch erzielt worden, daß der private Sektor beim Straßenbau oder bei der Schaffung von Energiedienstleistungsunternehmen einbezogen worden sei. Es störe auch, daß die NRO im Rahmen der Politikformulierung einen größeren Einfluß auf die Regierungsarbeit als das Parlament bekommen sollten.

Die **Fraktion der F.D.P.** hielt den Antrag in zweierlei Hinsicht für problematisch. Einmal werde in dem Antrag mit keinem Wort darauf eingegangen, wie man zwischen NRO, die altruistisch wirkten, und solchen, die durchaus ein präzises egoistisches Ziel hätten, unterscheiden könne. Hier bedürfe es der Differenzierung. Weiter werde gesagt, man solle den NRO die Arbeit dadurch erleichtern, daß man ihnen feste Zusagen über mehrere Jahre mache. Dies hebe die NRO gleichsam in den Rang staatlicher Durchführungsorganisationen; genau das wollten und sollten sie nicht sein. Es wäre sinnvoll, die Anstrengungen darauf zu richten, die Fähigkeiten von NRO, an solchen Programmen teilzunehmen, zu verbessern, und die haushaltsrechtlichen Vorschriften daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit dies geschehen könne. Die Fraktion der F.D.P. sei gegen ein Stück Verstaatlichung der NRO. Im Hinblick darauf lehne sie den Antrag ab.

Die **Gruppe der PDS** erklärte, daß sie den Antrag unterstütze.

Der Ausschuß lehnte den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ab.

Bonn, den 28. April 1998

| **Dr. Winfried Pinger** | **Dr. R. Werner Schuster** | **Wolfgang Schmitt (Langenfeld)** | **Dr. Irmgard Schwaetzer** |
|---|---|---|---|
| Berichterstatter | Berichterstatter | Berichterstatter | Berichterstatterin |

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333